

23.6.2014

Neue Ombudsstelle

Beratung bei Konflikten mit Jugendamt und Freien Trägern



Neukölln. Berlin ist bundesweit die erste Stadt, die eine Ombudsstelle in der Jugendhilfe finanziert. An der Kienitzer Straße 100 finden Kinder, Jugendliche und Familien Rat, die Probleme mit dem Jugendamt oder einem Freien Träger haben. Am 20. Juni stellte Jugendsenatorin Sandra Scheeres (SPD) das neue Projekt vor.

Darf mein Heimerzieher mir das Taschengeld kürzen? Habe ich als Mutter ein Mitspracherecht, in welcher Einrichtung mein Kind untergebracht wird? Ich bin 18 geworden, habe ich trotzdem noch Anspruch auf Jugendhilfe? Diese und ähnliche Fragen beantworten die Mitarbeiterinnen der "Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe" (BBO). Sie wollen Ratsuchende, die sich ungerecht behandelt fühlen, über ihre Rechte aufklären und bei Konflikten vermitteln.

Ähnliche Ombudsstellen gibt es zwar schon seit einigen Jahren, doch sie müssen sich meistens über Vereinsbeiträge oder Trägerschaften finanzieren; die Mitarbeiter sind in der Regel Ehrenamtliche. "Wir wollen Vorreiter sein und ein Zeichen setzen", sagte Sandra Scheeres. Deshalb habe sich der Senat sich zu diesem dreijährigen Modellprojekt entschlossen.

Sie findet es wichtig, dass es unparteiische Ansprechpartner für junge Leute und Familien gibt. "Das ist eines der Ergebnisse der Debatten an den Runden Tischen, an denen es in vergangenen Jahren um Heimerziehung und sexuellen Missbrauch ging."

Mit dem Aufbau der Ombudsstelle wurde der Verein "Berliner Rechtshilfefonds" beauftragt. Ulrike Urban-Stahl vom Vorstand sagt: "Für Kinder und Jugendliche ist es oft schwierig einzuschätzen, was sie dürfen. Wie reagiert der Betreuer auf Kritik? Kann ich Regeln mitbestimmen? Da ist es sehr gut, wenn es ein externes Angebot gibt." Vielen Menschen tue es auch gut, eine zweite Meinung einzuholen zu können. "Wenn das Jugendamt einer Mutter empfiehlt, sich ein Jahr lang von ihrem Kind zu trennen und sie unsicher ist, kann sie hier noch einmal in Ruhe darüber reden."

Erziehungsberechtigte können auch zur Ombudsstelle kommen, bevor sie sich ans Jugendamt wenden. Dazu Senatorin Scheeres: "Manche Eltern kennen sich nicht gut aus und haben Angst, dass ihnen ihr Kind weggenommen wird, wenn es Probleme in der Familie gibt, dass sie alles nur noch schlimmer machen, wenn sie zum Jugendamt gehen, Fragen stellen und um Hilfe bitten". Ursula Fritschle leitet die Neuköllner Stelle. Sie betont die Unabhängigkeit der Einrichtung, über die auch ein Beirat wacht. "Wir unterliegen keiner Fachaufsicht, üben aber auch keine über die Jugendämter und die Freien Träger aus." Gemeinsam mit zwei Kolleginnen berät sie kostenlos und vertraulich.

Die telefonischen Sprechzeiten sind Mo 17 bis 20 Uhr, Di und Mi 10 bis 13 Uhr und Do 14 bis 17 Uhr. Persönliche Beratungen kann man unter 62 98 12 69 und info@bbo-jugendhilfe.de vereinbaren.